



– Es gilt das gesprochene Wort –

Eröffnungsrede von Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, beim Medienkongress „Pressefreiheit und Demokratie“ am 13. Juni 2007 im Hambacher Schloss

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, den Kongress „Pressefreiheit und Demokratie“ eröffnen zu dürfen und heiße Sie im Namen der Bundeszentrale für politische Bildung zu unserer Veranstaltung hier im Hambacher Schloss herzlich willkommen. Als Ende des vergangenen Jahres die Idee geboren wurde, den 175. Jahrestag des Hambacher Festes mit einer Veranstaltung zum Thema Pressefreiheit zu begehen, konnten wir nicht ahnen, auf welche große Resonanz wir damit stoßen würden.

Doch in diesen wenigen Monaten ist viel geschehen: Da hat das Bundesverfassungsgericht erneut ein presserechtliches Grundsatzurteil gesprochen. In der politischen Diskussion erhielt die Frage, wie weit der Staat Freiheit im Dienste der Freiheit beschneiden darf, eine neue Dimension. Vom Fall „Cicero“ wird in diesen Tagen noch die Rede sein. Selbst um die Berichterstattung über das Eisbär-Baby Knut gab es Ärger: Der Direktor des Berliner Zoos meinte, den Journalisten und Journalistinnen bei der Nutzung des im Internet angebotenen Informationsmaterials vertraglich jede kritische Berichterstattung untersagen zu dürfen. Diese Beispiele zeigen: Wir liegen mit diesem Kongress, genauer gesagt: mit dem Thema des Kongresses sozusagen im Trend.

Wahrscheinlich wird auch besagter Zoodirektor den Satz mit voller Überzeugung unterschreiben: „Die Pressefreiheit gehört zu den konstitutiven Voraussetzungen von Freiheit!“ So leicht wird sich überhaupt niemand finden, der dieser Grundwahrheit, die ja gleichzeitig ein Grundpostulat darstellt, widersprechen wollte – kein Staatsanwalt, kein Polizist, kein Innenminister und auch kein Manager. Pressefreiheit erst garantiert den freiheitlichen Staat, und deshalb muss der freiheitliche Staat die Pressefreiheit garantieren. Solche Bekenntnisse sind so rich-

Pressekontakt:
Bundeszentrale für politische Bildung
Stabsstelle Kommunikation
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Tel +49 (0)18 88 515-284
Fax +49 (0)18 88 515-293
presse@bpb.de
www.bpb.de/presse

tig wie selbstverständlich. Gut für unser Land, dass es so ist, möchte man sagen – aber gewonnen ist damit für die journalistische Praxis noch nicht so viel. Nicht nur Zoodirektoren sind nämlich felsenfest davon überzeugt, dass sie – in ihrem ganz speziellen Fall – die unberechenbaren, eigensinnigen und potenziell gefährlichen Damen und Herren der Presse zu Recht gängeln dürfen – in einem höheren Interesse sozusagen.

Bei der Pressefreiheit geht es immer um das Kleingedruckte, um die komplizierten Durchführungsbestimmungen mit ihren vielen Einschränkungen und Ausnahmebestimmungen. Nun sagt ein Sprichwort: Ausnahmen bestätigen die Regel. Doch diese Ausnahmen, so ist festzustellen, nehmen zu. Und sie sind meist bei weitem nicht so gut begründet, wie sie es sein müssten.

Ist zum Beispiel ein Strafrechts-Paragraf aus dem Jahre 1936, der den Geheimnisverrat und auch die Beihilfe dazu unter Strafe stellt, im Informationszeitalter in seiner jetzigen Form noch zeitgemäß? Das wird man fragen dürfen. Ebenso wie man im Einzelfall hinterfragen darf, aus welchen Interessen, mit welcher Berechtigung und nach welchen Kriterien Politiker/Politikerinnen oder Beamte/Beamtinnen öffentliche Angelegenheiten zu Geheimnissen erklären. Muss man akzeptieren, dass der Bericht des Sonderermittlers Gerhard Schäfer über die Bespitzelung von Journalisten und Journalistinnen durch den Bundesnachrichtendienst (BND) als geheim eingestuft wurde? Was ist davon zu halten, dass die Politik, nachdem der Bericht an die Medien gelangt war, nicht etwa über die Praktiken des Geheimdienstes nachdachte, sondern darüber, wie sich Geheimsachen künftig noch besser geheim halten lassen? Journalisten und Journalistinnen haben die Pflicht, solchen Dingen nachzugehen. Und sie haben das Recht, bei solchen Recherchen ihre Quellen und Informanten zu schützen. Diese gehen den Staat nichts an.

Spannend wird es immer da, wo Pressefreiheit konkret wird. So zum Beispiel, wenn Staatsanwalt und Richter entscheiden müssen, ob es gerechtfertigt ist, diese konkrete Redaktion zu durchsuchen. Oder: Wenn der Richter sagen muss, ob ein Bericht über das Privatleben eines Prominenten noch durch öffentliches Interesse gedeckt ist oder ob damit die Grenze der schützenswerten Privatsphäre überschritten wird.

Das Problem ist: Kritische Presse ist eben unbequem, ja kann sogar richtig wehtun; alles andere aber wäre „Hofberichterstattung“ – und die braucht ja bekanntermaßen keine Freiheits-

rechte. Deshalb ist die Pressefreiheit prinzipiell und immer Gefährdungen ausgesetzt. Wir haben nach den Anschlägen vom 11. September 2001 mit Sorge beobachtet, wie die Medien in den USA eine Zeit lang ihre Berichterstattung dem Patriotismus unterordneten und auf Kritik weitgehend verzichteten. Mit großer Besorgnis haben wir in Italien verfolgt, wie wirtschaftliche Macht das kritische Potential der Medien einengen kann.

Man könnte diese Beispiele beliebig fortsetzen. Sie machen deutlich, wie sehr die Demokratie auf die Kritikfunktion und die Recherchefreiheit der Medien angewiesen ist. Es ist überlebenswichtig für eine Demokratie, immer wieder Informationen über die Strukturen in die Öffentlichkeit zu bringen, die vielleicht die Tendenz zur Intransparenz haben. Gleichermäßen müssen Informationen über die Menschen, die in diesen Strukturen über ihre eigenen Möglichkeiten und Kompetenzen hinaus agieren – oft durchaus mit gutem Willen und besten Absichten, aber eben auch bisweilen selbstgerecht, von vorgefassten Meinungen überzeugt und von eigenen Interessen geleitet – öffentlich gemacht werden.

Gute Journalistinnen und Journalisten sind Aufklärer. Das verbindet sie mit uns, den politischen Bildnern. Unser gemeinsames Ziel ist es, Menschen mit den Informationen auszustatten, die sie brauchen, um gesellschaftliche Prozesse zu verstehen und mitzugestalten. Dass die Medien im Zeitalter des Infotainments damit ihre Probleme haben, ist eine andere Baustelle. Deshalb hat die bpb im vergangenen Jahr ein Projekt angestoßen, um den Status quo der lokalen Politikberichterstattung zu analysieren, um über Defizite und mögliche Lösungen nachzudenken und zu diskutieren. Chefredakteure und stellvertretende Chefredakteure von Tageszeitungen wirken in dieser Initiative unter dem Anspruch „Politik neu denken“ mit.

Die Transparenz, die durch die Medien in unsere Gesellschaft gebracht wird, ist immer wieder auch ein Motor der Erneuerung demokratischer Strukturen. Die stets gegenwärtige Gefahr der Veröffentlichung zwingt die Mächtigen zur Vorsicht, die Habgierigen zur Mäßigung und die Skrupellosen zur Rücksicht.

Wir, die die Bundeszentrale für politische Bildung, wollen möglichst viele Menschen mit unseren Informationen erreichen. In unseren Produkten bereiten wir politische Informationen so auf, dass sie den unterschiedlichen Bedürfnissen der Menschen, Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Die Bundeszentrale und die Journalisten und Journalistinnen

können dabei zusammenarbeiten, wobei beide, meine Damen und Herren, einen klaren Vorteil haben: Wir müssen nicht darauf achten wiedergewählt zu werden. Deshalb können wir es uns leisten, unpopuläre Themen aufzugreifen, aktuelle Debatten objektiv abzubilden und kritische Diskussionen anzustoßen.

Aber Sie wissen auch, dass die vom Grundgesetz garantierte Pressefreiheit kein persönliches Privileg, sondern eine "dienende Freiheit" ist, wie Jutta Limbach gesagt hat – eine Freiheit, die sich bindet, indem sie sich selbst Grenzen setzt. Auch in der freien Presse hat niemand die Wahrheit für sich gepachtet. Und jeder muss für eigene Fehler im Ernstfall auch gerade stehen.

Anders gewendet: Pressefreiheit ist eine Freiheit, die sich durch ihren verantwortungsvollen Gebrauch legitimiert. Dass hier auch auf Seiten der Medien manches im Argen liegt, wird als Thema an diesen beiden Tagen nicht ausgespart bleiben: Quotenjagd und Auflagendruck verführen zum Infotainment, zur Sensationsmache, zur Veröffentlichung der schnellen Nachricht noch vor der gründlichen Recherche. Bei allen sinnvollen Bemühungen um Lesernähe und Leserbeteiligung besteht auch die Gefahr, dass die Grenzen zwischen seriösem, professionellem Journalismus und den Hobby-Aktivitäten der Leserreporter und Blogger verschwimmen. Die Würde des Menschen, jedes einzelnen Menschen, ist der Kristallisationspunkt unseres Selbstverständnisses, und sie ist im Übrigen auch die Grundlage dafür, dass wir Meinungs- und Pressefreiheit haben. Aus der Bindung an die Menschenwürde speist sich auch unser Bekenntnis zur Meinungs- und Pressefreiheit.

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Moderne Medien müssen schnell sein. Sie müssen auch unterhalten. Sie müssen Lese- und Gesprächsstoff liefern. Nur dann können sie Leser, Zuschauer, Zuhörer gewinnen, sie halten und sich auf dem Markt behaupten. Und nur dann werden sie wirtschaftlich stark bleiben – so stark, dass sie unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen Themen wählen, recherchieren, berichten und kommentieren können. Und die meisten Medien hierzulande finden durchaus Maß und Mitte, wenn sie zwischen Unterhaltung und Information, zwischen publizistischem Engagement und seriös-distanzierter Nachrichtengebung abzuwägen haben.

Die Verbreitung von Informationen und der Zugang zu allen Informationen sind ein wichtiger Schutz gegen die Diskriminierung einzelner Menschen oder auch Gruppen. Auf der anderen

Seite ist das Bekenntnis zur Würde jedes einzelnen Menschen auch etwas, was den Möglichkeiten der Medien Grenzen setzt. Über diese Grenzen muss gesprochen werden: Wo werden der Schutz und die Würde des einzelnen Menschen in Mitleidenschaft gezogen, wenn die Medien Anspruch auf alles haben? In diesem Sinne hat es gerade in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder ebenso grundsätzliche wie aktuelle Fragen gegeben. Und mit diesen Fragen wollen wir uns ja auf dieser Veranstaltung befassen: Wo sind die Medien gefordert? Wo liegen ihre Grenzen?

Die Forderung nach „Pressfreiheit“ stand vor 175 Jahren ganz am Anfang des Kampfes um Demokratie. In der noch jungen Bundesrepublik Deutschland hat sich das Bewusstsein für die Pressefreiheit erst so richtig entwickelt, nachdem die „Spiegel“-Affäre durchgestanden war. Könnte es sein, dass von diesem Bewusstsein im Laufe der krisenhaften in Entwicklungen der jüngsten Zeit wieder Einiges verloren ging?

Offenbar wird der Stellenwert der Pressefreiheit im öffentlichen Bewusstsein heute niedriger angesetzt. Wir haben das bei der Durchsichtung der Zeitschrift Cicero feststellen müssen. Wie in der Spiegel-Affäre haben Sicherheitsbehörden Redaktionen und Wohnungen von Journalisten und Journalistinnen durchsucht, um Informanten aufzudecken, obwohl der Schutz der Informanten ein wesentlicher Bestandteil der Pressefreiheit ist. Die Aufregung darüber hielt sich in Grenzen – selbst in den Redaktionen. Wenn sogar unter den Journalisten und Journalistinnen das Bewusstsein schwindet, welchen Stellenwert die Pressefreiheit hat und dass sie immer neu gesichert werden muss, haben wir ein Problem.

Nur die Demokratie kann die Freiheit des Wortes garantieren, kann es sich leisten, jeden Bürger sagen zu lassen, was er denkt. Noch vor 20 Jahren, rund 300 Kilometer von hier entfernt, konnten die Journalistinnen und Journalisten davon nur träumen. Und es gibt viele Länder auf dieser Welt, in denen eine Veranstaltung wie diese unmöglich wäre. Was für uns heute selbstverständlich ist, kam erst auf dem langen Weg der Geschichte zu Stande, es wurde erkämpft und muss in jeder Generation, ja eigentlich tagtäglich neu erkämpft und bewahrt werden.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinn wünsche ich uns allen einen erfolgreichen Kongress.